

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich, fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlagspreis: 12 Pfennige. Einmalige Anzeigen 20 Pfennige, zweimalige 30 Pfennige, dreimalige 40 Pfennige, vierteljährliche 1,20 Mark, halbjährliche 2,40 Mark, jährliche 4,80 Mark. Postkonto: Amt Leipzig Nr. 1490

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1490

Nr. 290 Dienstag, den 14. Dezember 1926 21. Jahrgang

### Ein Dreieck Deutschland-England-Frankreich?

Bemerkenswerte Ausführungen der englischen Presse.

London, 12. Dez. In hiesigen eingeweihten politischen und militärischen Kreisen erwartete man in den letzten Wochen, vor allem aber seit der Bekanntgabe der Rüstungsmaßnahmen an der italienisch-französischen Grenze und des italienisch-albanischen Vertrages eine große programmatische Erklärung über die Stellungnahme der englischen Außenpolitik zu den aktuellen weltpolitischen Problemen. In Ministerkonferenzen, Kabinettsitzungen und Beratungen der Referenten des Landes- und Verteidigungsrates mit den englischen Ministern und den Premierministern der Dominions ist eine emsige, streng geheimegehaltene Vorarbeit geleistet worden. Das Ergebnis dieser Vorarbeit ist von Chamberlain und Churchill in Paris mit Briand und Poincaré, in Genf mit dem deutschen Außenminister besprochen worden.

Nachdem diese Sondierungen ergeben haben, daß eine französische oder deutsche Absage grundsätzlicher Natur nicht mehr zu befürchten ist, erfolgte heute die Bekanntgabe der

nächstliegenden außenpolitischen Ziele Englands im Leitartikel des „Observer“.

Bevor der „Observer“ die politischen Gesichtspunkte schildert, zählt er die zahlreichen Konfliktsmöglichkeiten auf, die an allen Ecken und Enden Europas vorhanden sind, und erklärt dann, daß alle diese Reibungsflächen und Differenzen das „Problem Europa“ außerordentlich kompliziert haben. Ein dauernder Friede in Europa könne im jetzigen Stadium nicht durch den Völkerbund allein gewährleistet werden. Die Erhaltung des Friedens hänge von der grundsätzlichen politischen Uebereinstimmung von England, Frankreich und Deutschland ab. Wenn diese Länder zu diesem grundsätzlichen Uebereinkommen außerhalb des Völkerbundes gelangen und diese Uebereinstimmung in den Völkerbund hineintragen würden, könne jedes andere gefährliche Moment in der europäischen Lage beherrscht werden. Die zukünftigen Beziehungen zwischen London, Paris und Berlin seien die Schlüsselfrage.

Der „Observer“ stellt dann die Frage, auf Grund welcher Bedingungen das Zusammenwirken dieser drei Großmächte hergestellt werden könne.

#### Deutschland werde in der Abrüstungsfrage im wesentlichen Recht bekommen,

weil die Tätigkeit der interalliierten Kontrollkommissionen ihren sinngemäßen Zweck längst überlebt hätten und nur noch aufreizend wirkten. Der nächste Schritt sei die

#### Lösung der Besatzungsfrage.

Die Besetzung des Rheinlandes sei militärisch nutzlos und sei nach englischer Ansicht ebensowenig als ein Kulturstel an anzusprechen wie etwa eine Besetzung der englischen Küstengrafschaften durch französische Truppen. Die Besetzung erfüllte nur noch die unerfreuliche Aufgabe, den aggressiven deutschen Nationalismus anzustacheln. Großzügige Staatskunst erfordere die

#### gänzliche Räumung des deutschen Gebiets, und zwar spätestens bis zum nächsthöchsten Waffenstillstandstag, also bis zum 11. November 1927.

Frankreichs wirksamste Sicherung bestehe im Locarno-Vertrag. Da England diesen Vertrag mit unterzeichnet und sich ausdrücklich verpflichtet habe, bei einem Angriff auf Frankreich an dessen Seite zu kämpfen, hätten Frankreich und England die gemeinsame Verpflichtung, die Besetzung, die als Herausforderung der deutschen Vaterlandsliebe eine Angriffsgesahr darstelle, zu befeitigen.

Der „Observer“ fährt fort: „Deutschland ist vor die schicksalshwerste Wahl gestellt, die im Völkerbund jemals offenstand. Es ist Deutschlands Schicksal, daß es niemals neutral sein kann. Deutschland muß entweder auf dem europäischen Kontinent in einer konstruktiven Friedenspolitik führend sein, oder es muß sein Schicksal auf die einsige Karte der Kriegsmoralität setzen. Deutschland könnte Versuche machen, die zweite Möglichkeit zu wählen, unterliegen, denn es neigt immer noch dazu, andere Völker und andere Nationen zu unterwerfen, trotz des hohen Preises, den es immer wieder für diesen Fehler hat zahlen müssen.“

Der „Observer“ hebt dann hervor, daß man dem Deutschen als Zugeständnis für den Eintritt in den Dreieck in Aussicht stellen könne, auf der bevorstehen-

den Wirtschaftskonferenz in Genf ihm die Führung zu überlassen, in einer Bewegung, die auf die Herstellung der wirtschaftlich vereinigten Staaten von Europa

hingelen. Deutschlands koloniale Ansprüche könnten nur auf der Grundlage der engsten Freundschaft mit Frankreich und England befriedigt werden.

Der „Observer“ erklärt dann das italienische Problem als „die Hauptursache aller Störungen“ und zieht eine Parallele zwischen Mussolini und Wilhelm II. Beide hätten die Kriegsgewinnung durch ihre Innenpolitik organisiert, während sie nach außen ihre Friedensliebe zur Schau trügen. Werde Mussolini die verhängnisvollen Widersprüche in der Politik des Kaisers wiederholen und werde sein Ende daselbe sein? Noch habe Mussolini Zeit, die Durchführung der Parallele zu brechen. Es sei verhängnisvoll, wenn Politik und Tonart einer innerpolitischen Diktatur auf die Außenpolitik übertragen werde. Es sei außerordentlich schwierig, die Sphäre der Außenpolitik in ruhigem und abgekühltem Zustande zu erhalten, wenn im Innern eines Landes die Gemüter überhitzt würden. Der „Observer“ verlangt eine unzweideutige Friedenserklärung Mussolinis.

Kann folgt der sensationelle Höhepunkt des Artikels, ein Angebot,

das sich zugleich an Paris, Berlin und Rom richtet. Der Völkerbund werde die Karte Afrikas aufrollen müssen und Frankreich und England würden unter Mitwirkung von Belgien und Portugal versuchen müssen, durch ein neues System von Mandaten und Verpachtung von Kolonien den Bedürfnissen Deutschlands und Italiens entgegenzukommen.

Zum Schluß erklärt der „Observer“ in diesem Artikel, der zweifellos im Einverständnis mit hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten geschrieben ist: „Für Italien würde der beste Kurs darin bestehen, eine Teilhaberschaft mit Frankreich, England und Deutschland einzugehen, den Völkerbund nicht nur in formaler Hinsicht, sondern auch seinem Geiste nach anzuerkennen und alles auf die Karte der neuen Friedenspolitik und der bevorstehenden engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa zu setzen. „Jede Nation, sei sie groß oder klein, die in Europa den ersten Schuß abgeben läßt, ohne vorher jedes Mittel der friedlichen Regelung des Konfliktes zu erschöpfen, fordert das Schicksal des Hauses Habsburg heraus, daß nach der Beschließung Belgrads feststand. Die Schiedsgerichtsbarkeit ist die Seele des Völkerbundes und die Grundlage der Erhaltung unserer Zivilisation. Mussolini kann durch ein einziges Wort die Wolke des Mißverständnisses befeitigen.“

### Einigung in Genf.

Die Militärkontrollkommission verläßt Deutschland bedingungslos.

Genf, 12. Dezember. Die Ministerbesprechungen über die Frage der interalliierten Militärkontrollkommission wurden heute abend um 6 Uhr abgeschlossen. Eine Einigung ist erzielt worden. Die interalliierte Militärkontrollkommission verläßt am 31. Januar 1927 bedingungslos Deutschland. Eine amtliche Mitteilung über das Ergebnis wird im Laufe des Abends ausgegeben werden. Die deutsche Delegation verläßt am Montagabend Genf.

Genf, 12. Dez. Das heute von den Vertretern der beteiligten Mächte vereinbarte Protokoll hat folgenden Wortlaut: Im Verlaufe einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der deutschen, belgischen, französischen, englischen, italienischen und japanischen Regierung über die von der interalliierten Militärkontrollkommission und der Vorkonferenz noch in der Schwebe befindlichen Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Benutzung festgestellt worden, daß über den größten Teil der mehr als 100 Fragen, die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles freilich waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur die Verständigung über zwei Fragen steht noch aus. Alles berechtigt daher zu der Hoffnung, daß diese beiden Fragen gütlich geregelt werden können. Unter diesen Umständen ist folgendes vereinbart worden: 1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festungen und die Frage des Kriegsmaterials wird von der Vorkonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erleichtern. 2. In der Zwischenzeit bis zur Erzielung einer Lösung werden alle in Rede stehenden Arbeiten an den Festungen eingestellt, undschadet des Rechtes der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrechtzuerhalten. 3. Die interalliierte Militärkontrollkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an sin-

det Artikel 218 des Friedensvertrages Anwendung nach Maßgabe der von dem Völkerbundsrat gefaßten Beschlüsse. 4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider Erwarten noch keine gütliche Lösung gefunden haben sollten, werden sie vor den Völkerbundsrat gebracht werden. 5. Für alle Fragen, die mit der Ausführung der erzielten oder noch zu erzielenden Beschlüssen zusammenhängen, kann jede der in der Vorkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Vorkonferenz in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der geeignet ist, mit den zuständigen deutschen Behörden ins Benehmen zu treten.

#### Die Besprechung der Rheinpaktmächte.

Genf, 12. Dez. Die Besprechung der Rheinpaktmächte, an der auch heute das japanische Staatsmitglied wieder teilnimmt, ist nach zweistündiger Dauer auf heute nachmittag 4 Uhr vertagt worden. Während der Besprechung sind die juristischen Sachverständigen zu einer neuen Beratung zusammengesetzt, die nachmittags um 2 Uhr noch nicht beendet war. Briand will, wie er Pressevertretern erklärte, heute abend nach Paris zurückreisen. Die Abreise der deutschen Delegation ist noch unbestimmt.

#### Die Berichterstattung Dr. Stresemanns.

Reichsminister Dr. Stresemann, der, wie gemeldet, mit der deutschen Delegation am Montagabend Genf verläßt, wird am Mittwoch dem Reichskabinett Bericht erstatten. Am Donnerstag beginnt die große politische Aussprache im Reichstag.

#### Stellungnahme des französischen Ministerrates zu den Genfer Verhandlungen.

Paris, 11. Dez. Habas meldet: Der heute nachmittag von 8 bis 8.20 Uhr abgehaltene Ministerrat hat eine Mitteilung an Briand aufgesetzt und abgesandt, die sich auf die von Briand in Genf geführten Verhandlungen bezieht.

#### Hungerstreik und Tumult in einem Wiener Gefängnis.

Wien, 12. Dez. Als gestern in einem Wiener Gefängnis politische Gefangene, die wegen Ablehnung verschiedener Forderungen in den Hungerstreik getreten waren, zum Arzt geführt werden sollten, um künstlich ernährt zu werden, brach unter ihnen ein großer Tumult aus. Gleichzeitig demonstrierten vor dem Gefängnis einige Hundert Parteigänger und Angehörige der Gefangenen und bewarfen die Polizei mit Steinen. Kavallerie säuberte den Platz. Gegen 20 Personen wurden verhaftet.

#### Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz gegen Schund und Schmutz.

Aus den dem Reichsrat zugegangenen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz gegen Schund- und Schmutzschriften weiß die „Montagspost“ folgendes mitzuteilen: Die Zuständigkeit der Prüfstellen richtet sich nach dem Sitz des Antragstellers. Wenn gegen eine Schrift aus verschiedenen Teilen des Reiches Urträge einlaufen, soll die Prüfstelle zuständig sein, aus deren Bereich der erste Antrag gestellt ist.